

Öffentliches Fachgespräch im AfUV am 15.03.2023

"Austausch über die Atomkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima sowie die aktuelle Situation in Saporischschja"

Deutscher Bundestag Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Ausschussdrucksache 20(16)143-C ö. FG. am 15.03.23 16.03.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Einladung!

In den letzten 40 Jahren gab es zwei schwerwiegende Unfälle in Kernkraftwerken – Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011. Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, haben wir darüber hinaus:

- die Mehrfache Beschädigung kerntechnischer Einrichtungen,
- die permanente massive Bedrohung der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, insbesondere in Saporischschja und
- die wiederholte Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen.

Wir hatten Glück, dass es bis heute keine radiologische Lage - also eine stark erhöhte Freisetzung radioaktiver Stoffe - in der Ukraine gab, und damit gab es infolge des Krieges auch keine in Deutschland.

Jedes dieser Ereignisse – Tschernobyl, Fukushima, der Krieg in der Ukraine - ist anders und wir wissen nicht, was und wo auf der Welt als Nächstes passiert. Mit diesem Zustand der Unberechenbarkeit müssen wir umgehen – zumal in einer Zeit der Multikrise. Das prägt auch den Umgang mit radiologischen Ereignissen: Wir gehen nicht von einer Wahrscheinlichkeit aus, sondern wir denken umfassend – es geht im radiologischen Notfallschutz immer auch darum, auf das vermeintlich Udenkbare vorbereitet zu sein!

So unterschiedlich diese drei Ereignisse auch waren bzw. sind, sie haben eine Gemeinsamkeit: Sie zeigen, dass der Betrieb von Kernkraftwerken mit erheblichen Risiken verbunden ist - und dass ein starker Notfallschutz erforderlich ist.

Da Strahlung an Staatsgrenzen nicht Halt macht und um Deutschland herum Kernkraftwerke stehen bzw. geplant werden, gilt dies auch nach dem Atomausstieg unvermindert bzw. mit Blick auf neue Bedrohungsszenarien sogar noch mehr.

Bei der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986 gab es noch kein Bundesumweltministerium und es gab kein BfS - es gab also noch keine zentralen Instanzen für die Bewertung der Lage, die Abschätzung der Risiken für die Bevölkerung, für Vorschläge für Maßnahmen und die Abstimmung der Kommunikation. Die Gründung des BMU und des BfS erfolgte im Nachgang und als Konsequenz von Tschernobyl.

Die Katastrophe in Fukushima 2011 hatte weltweit und auch in Deutschland ein Überdenken der Schutzkonzepte zur Folge. So wurden hier die Planungsradien für Maßnahmen angepasst, die Jodtablettenbestände erneuert und aufgestockt, die Notfallpläne überarbeitet und ein übergreifender Krisenstab, das Radiologische Lagezentrum des Bundes, eingerichtet sowie die internationale Zusammenarbeit intensiviert. Im Ergebnis sind wir heute deutlich besser auf solche Ereignisse vorbereitet.

Beide Katastrophen haben Folgen bis heute, zum Beispiel gibt es weiterhin Sperrzonen in der Ukraine und in Japan. Das BfS hat die Tschernobyl-Sperrzone 2021 radiologisch neu vermessen. 35 Jahre nach dem Ereignis können wir die Folgen immer noch feststellen und es sind immer noch Schutzmaßnahmen erforderlich.

In der Ukraine, speziell in Saporischschja, erleben wir seit 2022, dass Kernkraftwerke direkt von Kampfhandlungen betroffen sind. Die Nachricht beim ersten Beschuss hat damals eine nächtliche Alarmierung der Rufbereitschaften ausgelöst. Wie gesagt, zum Glück gab es noch keine radiologische Lage in der Ukraine. Selbst wenn es dazu käme, wäre nach aller Wahrscheinlichkeit im schlimmsten Fall in Deutschland die Landwirtschaft betroffen. Für die Ukraine sähe das natürlich deutlich anders aus.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, dass es einen erheblichen Kommunikationsbedarf in der Bevölkerung seit Kriegsbeginn und insbesondere nach dem Beschuss von Saporischschja gab. Auch wenn wir keine radiologische Lage haben, müssen wir immer auch die Sorgen und den Informationsbedarf der Bevölkerung im Blick haben und abgestimmt und angemessen kommunizieren.

Das BfS hat die Lage vor Ort permanent im Auge und erstellt seit dem Einmarsch regelmäßig Situationsdarstellungen u.a. auch für das Auswärtige Amt, die Bundeswehr und die NATO. Wir konnten im letzten Jahr feststellen, dass dank guter Vorbereitung und intensiver Übungen die Zusammenarbeit national und international sehr gut funktioniert hat.

Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Wir haben gelernt, dass wir den Notfallschutz laufend weiterentwickeln müssen, zum Beispiel:

- müssen wir auch Neue Bedrohungsszenarien wie Nuklearexplosionen und Cyberangriffe stärker in den Fokus nehmen
- wir müssen das Messnetz für die Anforderungen des Zivilschutzes härten.

Darüber hinaus müssen wir auch die Grundlagen für den Notfallschutz erhalten. Dafür brauchen wir insbesondere eine starke Strahlenforschung in Deutschland, auf deren Basis wir die notwendigen Kompetenzen für diese komplexen Aufgaben erhalten und ausbauen können. Sonst stehen wir möglicherweise irgendwann vor der Situation, auch bedingt durch den demographischen Wandel, kein qualifiziertes Personal und kein wissenschaftliches Fundament mehr zu haben.

Die Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima waren schreckliche Ereignisse, deren Folgen bis heute spürbar sind, und der Krieg in der Ukraine kann dazu führen, dass so etwas erneut geschieht. All das zeigt: Wir müssen jederzeit gut vorbereitet sein.

Vielen Dank!